
Bernhard Fleckenstein

Die Universitäten der Bundeswehr vor neuen Aufgaben



Direktor und Professor Bernhard Fleckenstein, geb. 1940 in Erfurt, Studium der Sozial- und Politikwissenschaften in Frankfurt/M., an der Harvard University und am Massachusetts Institute of Technology; Hauptmann der Reserve der Luftwaffe; war von 1969 bis 1972 Referent im Amt des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, von 1973 bis 1981 Mitglied des Planungsstabes des Bundesministers der Verteidigung, von 1982 bis 1983 im Führungsstab Streitkräfte, 1984 am NATO Defence College in Rom, danach bis 1996 Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr in München und Strausberg, seit 1997 an der Universität der Bundeswehr München tätig.

Seit 1973 ist ein mindestens dreijähriges akademisches Studium obligatorischer Bestandteil der Ausbildung zum länger dienenden Offizier. Dafür sind in Hamburg und München bundeswehreigene Universitäten eingerichtet. Sie gelten bis heute als die Filetstücke im Ausbildungssystem der Bundeswehr. „Reformuniversitäten“ wie in den Anfangsjahren sind sie zwar nicht mehr. Dennoch haben sie sich in Forschung und Lehre zu gewichtigen wissenschaftlichen Zentren entwickelt: An der Bundeswehr-Universität München sind es 180 Professoren, 340 Wissenschaftliche Mitarbeiter und 240 Hilfskräfte, die gegenwärtig etwa 2500 Studierende nach dem Kleingruppenkonzept ausbilden. Die Diplome der Absolventen entsprechen denen der öffentlichen Hochschulen und sind staatlich anerkannt. Bundeswehr-Universitäten gelten als Brücken zwischen Militär und Gesellschaft, und als sichtbarer Beleg für die Verträglichkeit beider Lebenswelten werden sie gerne vorgezeigt. Schließlich sind die Universitäten der Bundeswehr in Hamburg und München eine beliebte Bühne für die Selbstdarstellung der Politik.

Im Reformkonzept der Bundesregierung für die künftige Bundeswehr kommen die Universitäten nicht vor. Empfehlungen zur wissenschaftlichen Bildung und Ausbildung in der Bundeswehr finden sich nur im Bericht der Weizsäcker-Kommission. Der ist aber bereits an seinem Übergabetag 23. Mai 2000 von der Bundesregierung verworfen worden. Der Verteidigungsminister hatte indessen schon wenige Wochen nach seinem Amtsantritt die akademische Offizierausbildung als eine „Erfolgsstory“ bezeichnet und den Universitäten der Bundeswehr eine Bestandsgarantie gegeben: Das Konzept sei nach wie vor „ebenso aktuell wie zukunftsorientiert“. In seiner Rede anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Bundeswehr-Universität Hamburg im Herbst 1998 erklärte der Verteidigungsminister: „Das Stu-

dium als integraler Bestandteil der Offizierausbildung ist heute und in Zukunft unverzichtbar.“¹

Nach der erklärten Absicht der politischen Leitung bleibt es also auch in der neuen Bundeswehr beim wissenschaftlichen Studium für längerdienende Offiziere. Bei den gegenwärtigen Zuständen sollte es allerdings nicht bleiben. Die Bundeswehr-Universitäten müssen zusehen, dass sie die Zukunft nicht verpassen. Nötig ist ein neuerlicher Reformschub, der sie fit macht für das 21. Jahrhundert.

Empfehlungen der Bildungskommission 1971

Bildung und Ausbildung wurden zu Beginn der 1970er-Jahre grundlegend reformiert. Ausschlaggebend war die katastrophale Nachwuchslage bei den Offizierbewerbern. Kaum weniger bedeutsam war das Motiv, die gesellschaftliche Integration der Bundeswehr durch ein zivil orientiertes Bildungs- und Ausbildungssystem zu fördern und zu festigen. Das Weissbuch 1970 enthielt bereits die wesentlichen Ziele der Reform:

„Die Bundeswehr muss mit der gesellschaftlichen Entwicklung Schritt halten. Sie muss ihre Berufsbilder, ihre Bildungs- und Ausbildungsgänge so gestalten, dass die Soldaten daraus für ihren beruflichen Werdegang innerhalb der Bundeswehr und ebenso später im zivilen Leben den größtmöglichen Nutzen ziehen. Das dient gleichzeitig der Effektivität der Bundeswehr und der Attraktivität der soldatischen Laufbahnen. Ausbildungsgänge und Abschlüsse im gesamten militärischen Bereich sollen so weit wie möglich denen des zivilen Bereichs entsprechen (Ziff. 173).“²

Auf der Grundlage des Gutachtens der vom damaligen Verteidigungsminister Helmut Schmidt berufenen Bildungskommission ist dann für Offiziere ab Einheitsführer aufwärts eine fünfjährige militärische und wissenschaftliche Ausbildung mit anerkanntem berufsbefähigendem Hochschulabschluss beschlossen und eingerichtet worden. Die Bildungskommission unter dem Vorsitz von Professor Thomas Ellwein war der Auffassung, „dass die gesellschaftliche, technische und militärische Entwicklung eine wissenschaftliche Ausbildung für den Offizier vom Verantwortungsbereich III ab (= Einheitsführer oder gleichwertige Verwendung) erfordert, um

- ihn zu wissenschaftlicher Arbeit und zum Erkennen von Problemen zu befähigen,
- ihn auf seine militärische Verwendung vorzubereiten,
- ihm darüber hinaus einen zivilberufsbefähigenden Abschluss zu vermitteln (Ziff. 49).“³

Für höherwertige Verwendungen im Dienstgrad ab Major aufwärts (d.h. für die Staboffiziere der Bundeswehr) hatte die Ellwein-Kommission nach einer entsprechenden Eignungsprüfung entweder die erfolgreiche Teilnahme an Führungslehrgängen oder - alternativ dazu - ein „weiterführendes Studium an einer allgemeinen (= öffentlichen) Hochschule“ vorgesehen. Letzteres sollte auf dem während der Ausbildung bereits absol-

1 Bundesministerium der Verteidigung, Die Zukunft der Bundeswehr mitgestalten und mitverantworten. Festansprache des Bundesministers der Verteidigung, Rudolf Scharping, anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Universität der Bundeswehr Hamburg am 11. November 1998 in Hamburg, S. 2.

2 Bundesministerium der Verteidigung, Weissbuch 1970 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr, Bonn 1970, S. 130.

3 Bundesministerium der Verteidigung, Neuordnung der Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr. Gutachten der Bildungskommission an den Bundesminister der Verteidigung, Bonn 1971, S. 46.

vierten Hochschulstudium aufbauen und zu einem weiteren anerkannten und für die künftige höherwertige Verwendung nützlichen Hochschulabschluss führen. Die Empfehlungen der Bildungskommission von 1971 zur Aus- und Weiterbildung der Staboffiziere waren ihrer Zeit voraus. Systematische Weiterqualifizierung findet auch im öffentlichen Hochschulwesen erst neuerdings mehr Beachtung. In der Bundeswehr ist die Entwicklung allerdings entgegengesetzt verlaufen. Im einzelnen:

Offiziere auf Zeit

Seit 1973 ist das wissenschaftliche Studium „grundsätzlicher“ Bestandteil der Ausbildung zum Offizier mit mindestens 12-jähriger Verpflichtung. Die Dienstzeit wird abschnittsweise festgesetzt und ist an den erfolgreichen Abschluss von Diplomvorprüfung und Diplomhauptprüfung gebunden. Eine Ernennung zum Berufssoldaten ist erst nach erfolgreich absolviertem Studium vorgesehen. Bei endgültigem Nichtbestehen der Diplomvorprüfung oder beim Scheitern im Studium ist in der Regel mit dem Ablauf der festgesetzten Zwischendienstzeit (Heer und Marine: sechs Jahre, Luftwaffe: vier Jahre) auch die Beendigung des Dienstverhältnisses verbunden. Wer die Ausbildung zum Offizier nicht schafft, soll nicht über Gebühr in der Bundeswehr festgehalten werden.

Jährlich beginnen rund 1400 Truppenoffiziere ihr Studium in Hamburg oder München, darunter ab Herbst 2002 erstmals auch drei Dutzend Frauen. Beide Universitäten verfügen zusammen über 4570 Studienplätze, davon 585 im angegliederten Fachhochschulbereich in München. Angeboten werden derzeit 18 universitäre und drei Fachhochschulstudiengänge (s. Tabellarische Übersicht).

Seit Anfang der 1980er-Jahre haben fast 15 000 Offiziere mit erfolgreich abgeschlossenem Studium die Bundeswehr wieder verlassen und sind ins Zivilleben zurückgekehrt. Beim Wechsel waren sie durchschnittlich 31 Jahre alt. Karriereanalysen belegen, dass es ihnen ohne größere Schwierigkeiten gelungen ist, in einem adäquaten Zivilberuf unterzukommen und dort weiter zu reüssieren. Ausgeschiedene Offiziere auf Zeit mit Studium sind überdurchschnittlich häufig in zivilen Führungspositionen tätig. Das spricht für die persönlichen Fähigkeiten der Offiziere und ihr Engagement, aber auch für die Qualität der akademischen Ausbildung und für die Verwertbarkeit von Kenntnissen und Erfahrungen aus der Dienstzeit. Ehemalige Offiziere sind kaum älter, aber viel erfahrener als der normale Hochschulabsolvent. Offenbar ist es vor allem die Kombination von akademischem Studium plus militärischer Führungs- und Organisationserfahrung, die den ausscheidenden Zeitoffizieren ein weitgehend problemfreies Überwechseln in eine zweite, zivilberufliche Karriere garantiert. Für die weit überwiegende Mehrheit der Offizierbewerber ist die Aussicht auf ein kostenloses Studium bei der Bundeswehr das Hauptmotiv ihrer Verpflichtung als Soldat auf Zeit. Rückblickend wird die Dienstzeit mit dem obligatorischen Studium außerordentlich positiv bewertet. Nur wenige sind in der Rückschau mit ihrer Karriere unzufrieden. Die meisten ausgeschiedenen Offiziere erklären, sie würden sich heute wieder so entscheiden wie damals, als sie ihre Verpflichtung eingingen. Wahrscheinlich gibt es kaum eine andere Berufsgruppe mit einem so hohen Grad an „Gesamtzufriedenheit“ wie die ehemaligen Offiziere auf Zeit mit Hochschulabschluss.⁴

4 Siehe hierzu insbesondere: Paul Klein, Ehemalige Zeitoffiziere der Bundeswehr in zivilen Berufen, SOWI-Arbeitspapier Nr. 74, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, München 1993; Rainer Marr, Karriereanalysen von Absolventen der Universitäten der Bundeswehr, Institut für Personal- und Organisationsforschung der Universität der Bundeswehr München, Neubiberg 1996; Rainer Marr (Hrsg.), Kaderschmiede Bundeswehr? Vom Offizier zum Manager. Karriereperspektiven von Absolventen der Universitäten der Bundeswehr in Wirtschaft und Verwaltung, Gesellschaft zur Förderung der Weiterbildung an der Universität der Bundeswehr München e.V., Neubiberg 2001.

Tabellarische Übersicht Studiengänge an den Universitäten der Bundeswehr

Studiengang	Universität der Bundeswehr Hamburg	Universität der Bundeswehr München	
		Universitäre Studiengänge	Fachhochschulstudiengänge
Bauingenieurwesen und Umwelttechnik		•	
Geodäsie und Geoinformation		•	
Maschinenbau	•		•
Luft- und Raumfahrttechnik		•	
Elektrotechnik	•	•	•
Informatik		•	
Wirtschaftsingenieurwesen	•		
Wirtschaftsinformatik		•	
Volkswirtschaftslehre	•		
Betriebswirtschaftslehre	•		
Betriebswirtschaft			•
Wirtschafts- und Organisationswissenschaften		•	
Staats- und Sozialwissenschaften		•	
Pädagogik	•	•	
Sportwissenschaft		•	
Geschichte	•		
Politikwissenschaft	•		

Berufssoldaten

Was für die Zeitoffiziere zutrifft, gilt ganz eindeutig nicht ebenso für die Berufsoffiziere der Bundeswehr. Auch für sie ist eine wissenschaftliche Ausbildung vorgesehen, und Stabsoffiziere sollten nach den Vorstellungen der Bildungskommission sogar ein weiterführendes „mid-career“-Studium an öffentlichen Hochschulen absolvieren, um den durch fortschrei-

tende Technisierung und Verwissenschaftlichung auch im militärischen Berufsfeld ständig steigenden Anforderungen besser zu entsprechen. „Unerlässlich“ oder gar „unverzichtbar“, wie der Verteidigungsminister glaubt, ist das Studium für Berufsoffiziere indessen nicht - und ist es nie gewesen. Im Gegenteil. Die militärische Personalführung ist schon in den 1970er-Jahren dazu übergegangen, großzügige Ausnahmeregelungen zu praktizieren und Bewerber auch ohne wissenschaftliche Ausbildung zum Berufssoldaten zu übernehmen und in höherwertigen Verwendungen zu beschäftigen. Was als Ausnahme gedacht war, hat inzwischen einen solchen Umfang erreicht, dass von Einzelfällen beim besten Willen keine Rede mehr sein kann. Im Idealfall sollte es ab Geburtsjahrgang 1952 - dem ersten vollständigen Studienjahrgang - überhaupt keine Berufsoffiziere ohne Studium mehr geben. Tatsächlich zeigt eine Momentaufnahme der Dienstgradgruppe der Stabsoffiziere ab Jahrgang 1952 bis einschließlich Jahrgang 1971 (allesamt Berufsoffiziere) am Stichtag 30. Januar 2002 folgendes Bild: Von den insgesamt 6262 Stabsoffizieren der Bundeswehr (nicht eingerechnet die Ärzte und die Jet-Piloten von Luftwaffe und Marine) haben 3915 mit Erfolg studiert; 2347 Stabsoffiziere haben dagegen kein Studium abgeschlossen. Das sind für die gesamte Bundeswehr 62,5 Prozent Stabsoffiziere mit Studium und 37,5 Prozent ohne Studium. Der Anteil studierter Berufsoffiziere ist am größten im Heer: 67 Prozent mit Studium gegenüber 33 Prozent ohne Studium. Die Werte für Luftwaffe und Marine sind nahezu identisch: 56 Prozent mit Abschluss und 44 Prozent ohne. Werden die Stabsoffiziere der Sonderlaufbahn BO 41 (Jet-Piloten) bei Luftwaffe und Marine mit einbezogen, ändern sich die Relationen erheblich: In der Luftwaffe sind es dann noch 48,8 Prozent und in der Marine 53,6 Prozent der Berufsoffiziere vom Dienstgrad Major aufwärts, die ein Studium erfolgreich abgeschlossen haben.⁵

Die Zahlen überraschen, weil sie die offizielle Darstellung und die politischen Verlautbarungen gründlich konterkarieren. Was als Ausnahme geplant war, ist gängige Praxis geworden. Eine Begründung dafür ist nicht bekannt. Tatsache ist, dass die Personalabteilung der Bundeswehr in erheblichem Ausmaß Bewerber zu Berufssoldaten macht und in höchste Dienstgrade befördert, die nach den geltenden Kriterien die Laufbahnvoraussetzungen nicht erfüllen.

Heeresreform als Bildungsreform

In Personalfragen ist die Bundeswehr ein weitgehend autonomes, sich selbst steuerndes System. Inspektoren, die es konsequent vermeiden, den Besuch einer Bundeswehr-Universität auch nur in Erwägung zu ziehen, signalisieren damit: Berufsoffiziere brauchen kein Studium! Im Unterschied dazu hatte die Bildungskommission 1971 die Tätigkeit des Offiziers als „geistigen“ Beruf begriffen und gefordert: „Bildung muss auf allen Stufen wissenschaftsorientiert sein, zu wissenschaftlichem und kritischem Denken führen, Kreativität und Umweltverständnis fördern. Das bedingt eine breite Grundbildung und den Erwerb allgemeiner Fähigkeiten wie rationale Problemerkennung, Kooperation und geistige Flexibilität. Erst anschließend soll eine Spezialisierung erfolgen (Ziff. 13).“⁶

Auch die Weizsäcker-Kommission betont in ihrem Bericht vom Mai 2000 die überragende Bedeutung eines qualifizierten Bildungsangebots für die Zukunftsfähigkeit der Bun-

5 Amtliche Zahlen laut Studienstatistik BMVg.

6 Gutachten der Bildungskommission, S. 18.

deswehr: „Gefragt ist der gebildete Generalist mit Teamgeist und Führungsqualitäten“ (Ziff. 228).⁷

Widerstände gegenüber der wissenschaftlichen Ausbildung der Offiziere bis hin zum „stillschweigenden Ungehorsam“ hat es im militärischen Establishment immer gegeben. Sollte sich der militärische „Neoprofessionalismus“, der wissenschaftliche Bildung als verzichtbar erachtet, weiter durchsetzen, wird er die Distanz zwischen Bundeswehr und Gesellschaft vergrößern. Gleichzeitig schneidet sich die Bundeswehr damit selbst von ihren Wurzeln ab. Die preußische Heeresreform, die zum Gründungsmythos der Bundeswehr zählt, war im wesentlichen eine Bildungsreform. Ziel war die Modernisierung der preußischen Armee durch Bildung und Leistung anstelle der bis dahin herrschenden Vetternwirtschaft und Kumpanei. Das Standesprivileg sollte durch ein Bildungsprivileg ersetzt werden. Gerhard von Scharnhorst, dessen 200. Geburtstag am 12. November 1955 offizieller Gründungstag der Bundeswehr ist, suchte „Männer mit Einsicht“; er wollte den „denkenden Offizier“. Dafür erneuerte er die Berliner Militärakademie von Grund auf: Sie sollte das „energetische Zentrum reformierter Streitkräfte“ bilden. Mit Vorlesungen und Kolloquien ähnelte sie mehr einer zivilen Universität als einer militärischen Einrichtung. Scharnhorst, Gneisenau, Boyen, Grolman und Clausewitz waren allesamt hochgebildete Persönlichkeiten. Helmuth von Moltke, Schöpfer des preußisch-deutschen Generalstabs und siegreicher Feldherr, der in drei Kriegen nie eine Schlacht verlor, war ein Offizier von außerordentlicher Bildung. Er beherrschte fünf Fremdsprachen und bewies darüber hinaus beachtliches schriftstellerisches Talent. In einem Brief an seine Mutter berichtet Moltke über eine von ihm besuchte Goethe-Vorlesung an der Berliner Universität im Winter 1828/1829: ein Drittel der Hörer waren preußische Offiziere. An gleicher Stelle schreibt Moltke: „In einem englischen Kolloquium sind wir unserer mehr als Studenten.“⁸ Der Sprachenunterricht an den heutigen Bundeswehr-Universitäten hat also eine Vorgeschichte. Auch nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg bestand General Hans von Seeckt, der die Reichswehr zu einer hochprofessionellen Truppe formte und selbst ein allseitig gebildeter Mann war, auf einer gediegenen Bildung und Weiterbildung des Offizierskorps.

Neue Aufträge, neue Tugenden

Globalisierung und Internationalisierung verändern Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Alle Lebens- und Arbeitsverhältnisse unterliegen einem beschleunigten Wandel. Traditionelle Berufsbilder und Ausbildungsgänge verschwinden, neue kommen auf. Das hat die Position der Universitäten in der sich entwickelnden Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts ganz allgemein gestärkt. Ihr Auftrag hat an gesellschaftlicher Bedeutung gewonnen. Das gilt auch für das militärische Berufsfeld. Die Bundeswehr hat seit 1994 in einem multinationalen Umfeld zusätzliche Aufgaben übernommen. Von ihrem Führungspersonal werden neue Qualifikationen verlangt. Als neue Tugenden des gebildeten Offiziers sind heutzutage gefordert: Empathie, Aufgeschlossenheit und Toleranz gegenüber den Eigenarten anderer Streitkräfte und Kulturen. Dazu gehören historische und geografische Kenntnisse, soziale und fremdsprachliche Kompetenz, Teamfähigkeit und - nicht zu unterschätzen - ganz all-

7 Bundesministerium der Verteidigung, Erneuerung von Grund auf. Bericht der Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ an die Bundesregierung, Berlin/Bonn 2000, S. 129.

8 Helmuth von Moltke, Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten, Bd. 4, Berlin 1891, S. 29.

gemein Lernfähigkeit. Im Dienstbetrieb gewinnen Wirtschaftlichkeitsaspekte an Bedeutung. Ökonomisches Denken und Handeln wird Bestandteil des Führungsgeschehens. Unter den zu erbringenden Führungsleistungen des Offiziers wachsen die Ansprüche an die „diplomatischen“ Fähigkeiten, d.h. an das besonnene, abwägende und ausgleichende Geschick des militärischen Führers und Vorgesetzten. Der auch politisch denkende Soldat ist heute wichtiger denn je. Das Leitbild vom „soldier-scholar“ der 1970er-Jahre, als die Bundeswehr-Universitäten gegründet wurden, wird im neuen Jahrhundert ergänzt und vervollständigt durch das Leitbild vom „soldier-diplomat“.

Modernisierung der Bundeswehr-Universitäten

Die drastisch veränderten Rahmenbedingungen in Politik, Militär, Wissenschaft und Gesellschaft verlangen von den Universitäten der Bundeswehr einen massiven Modernisierungsschub, der den gegenwärtigen Stillstand überwindet und sie in die Spitzengruppe der reformfreudigen Universitäten in Deutschland und Europa zurückführt. Beide Universitäten sind einem zweifachen Reformdruck ausgesetzt: (1) Als private Universitäten unter der Kulturhoheit der Länder müssen sie die Entwicklungen im öffentlichen Hochschulwesen so weit wie möglich mitgehen, damit ihre Anerkennung als qualitativ gleichwertige Bildungseinrichtung neben den Landeshochschulen erhalten bleibt; (2) als zentrale militärische Dienststellen im Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung müssen sie auf die sicherheits- und haushaltspolitischen Umbrüche adäquat reagieren, damit sie ihrer Aufgabe als akademische Ausbildungseinrichtung für den militärischen Führungsnachwuchs weiterhin gerecht werden können. Dafür brauchen die Bundeswehr-Universitäten eine angemessene, dem Status der Bundesrepublik Deutschland als wohlhabendem Industriestaat entsprechende Basisfinanzierung einschließlich einer hinreichenden Ausstattung mit Personal und moderner Ausbildungstechnologie. Dazu gehört dann auch die unangetastete Autonomie in den ureigenen Angelegenheiten der Hochschule einschließlich der Bewirtschaftung des Hochschulhaushalts. Diese Grundvoraussetzungen sind nicht verhandelbar, aber auch nicht gewährleistet. So haben etwa die Universitäten bei der Auswahl ihrer künftigen Klientel keinen Einfluss und keinerlei Beteiligungsrechte. Die Studierfähigkeit der angehenden Offiziere wird von der Offizierbewerber-Prüfzentrale (OPZ) festgestellt. Jüngstes Beispiel für die Gängelung der Universitäten durch die Ministerialbürokratie ist die einseitige, noch vor Ende der Erprobungsphase vorgenommene Aufkündigung der mühsam auf den Weg gebrachten Globalhaushalte.

Studienreform

Die Studienreform muss dennoch - auch gegen Widerstände - von den Universitäten betrieben und umgesetzt werden. Weiteres Zuwarten geht zu Lasten der Studierenden. Studiengänge und Studienabschlüsse sollten internationalen Standards angeglichen werden. An die Stelle des jetzigen, maximal vierjährigen Diplom-Studiengangs sollte künftig ein dreijähriges obligatorisches Grundstudium mit Bachelor-Abschluss (B.A.) treten, gefolgt und erweitert am Ende der 12-jährigen Dienstzeit von einem fakultativen Aufbaustudium mit Master-Abschluss (M.A.) von ein bis zwei Jahren Dauer. Verbunden mit der Einführung des studienbegleitenden Prüfungssystems („Credit-Point-System“) würde das die Universitäten

internationaler machen und zudem eine höhere Studienerfolgsquote garantieren. Derzeit scheitern mehr als ein Drittel der Offiziere im Studium. Diese Zahl ist angesichts der vergleichsweise komfortablen Studienbedingungen bei weitem zu hoch. Die rasche Entwicklung des Wissens und seine hohe Alterungsgeschwindigkeit erfordern eine systematische Fortbildung. Das novellierte Hochschulrecht macht Betreuung und Weiterbildung ausdrücklich zu einer Aufgabe der Hochschulen. Mit dem Angebot eines postgradualen Auffrischungsstudiums vor Eintritt in das zivile Berufsleben würden die Universitäten der Bundeswehr dieser Forderung entsprechen und die zivilberuflichen Karrierechancen ihrer Absolventen verbessern. Weitere ergänzende Maßnahmen sind denkbar, darunter eine engere Vernetzung mit anderen Bildungseinrichtungen, ein stärkerer Einsatz der neuen Medien in Lehre und Studium, eine intensivere Vermittlung von allgemein berufsqualifizierenden Fähigkeiten einschließlich mehr fremdsprachlicher Kompetenz sowie eine generell „kundenfreundlichere“ Aufbereitung des Lehrangebots durch pädagogisch-didaktische Aus- und Fortbildung bis hin zur Neubewertung und gegebenenfalls Durchsetzung der professoralen Präsenz- und Residenzpflichten. Alles in allem würde das der Profilbildung der Bundeswehr-Universitäten zugute kommen und ihre Attraktivität erhöhen.

Die Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ hält es in ihrem Bericht vom 23. Mai 2000 an die Bundesregierung auch künftig für „wünschenswert, an zwei Universitäten festzuhalten“ (Ziff. 231). Gleichwohl hat sie vier Optionen zur Reform der Bundeswehr-Universitäten angesprochen, nämlich ihre Zusammenlegung, eine Ausgliederung aus den Streitkräften und ihre Privatisierung, die Öffnung für zivile Studenten sowie eine nachhaltige Europäisierung. Keiner dieser vier Vorschläge ist gänzlich neu. Sie sind in dieser oder in ähnlicher Form in der Vergangenheit wiederholt in der Öffentlichkeit aufgetaucht. Keine der vorgeschlagene Optionen ist aber jemals systematisch untersucht und auf ihre Verwirklichung hin ernsthaft geprüft worden.

Zusammenlegung beider Universitäten

Die Zusammenlegung beider Universitäten unter Auflassung eines Standorts könnte womöglich Personal- und Betriebskosten einsparen und die Führbarkeit erhöhen. Dafür müsste entweder Hamburg oder München auf seine Bundeswehr-Universität verzichten. Im überlebenden Standort würden erhebliche Kosten für die dann nötigen Ausbaumaßnahmen anfallen. Wie die Auseinandersetzung über die künftige Stationierung der Bundeswehr gezeigt hat, lässt sich niemand ohne weiteres einen Standort wegnehmen, schon gar keine Universität. Zusammenlegung kann demnach nur organisatorisch gemeint sein, d.h. eine Hochschulleitung und eine Zentrale Verwaltung für beide Universitäten. Viel mehr ist kaum möglich, zumal die Länder darauf achten werden, dass ihre hochschulrechtlichen Befugnisse gewahrt bleiben. Ob die erzielbaren Einsparungen den mit Sicherheit zu erwartenden Ärger lohnen, muss eine detaillierte Untersuchung erweisen. Viel zu erhoffen ist von dieser Option wohl nicht.

Privatisierung der Bundeswehr-Universitäten

Die Herausnahme der Bundeswehr-Universitäten aus dem Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung und ihre Privatisierung in der Rechtsform einer öffentlich-rechtli-

chen oder privat-rechtlichen Stiftung wäre eine außerordentlich weitreichende Maßnahme. Die finanziellen Kosten-/Nutzen-Aspekte können auch in diesem Fall erst nach eingehender Untersuchung beurteilt werden. Ob eine Privatisierung der akademischen Ausbildung seiner Offiziere den Verteidigungsminister weniger kosten wird, ist noch keineswegs ausgemacht. Zuvor sollte die Frage geklärt werden, ob es wirklich Wunsch und Wille der Streitkräfte ist, aus lediglich betriebswirtschaftlichen Gründen auf ihre zentralen akademischen Ausbildungseinrichtungen - und damit auch weitgehend auf ihre inhaltlichen Bindungen und ihre Mitwirkungsmöglichkeiten - zu verzichten. Bislang sind die Universitäten der Bundeswehr in Hamburg und München lediglich Dienststellen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Um ihren Status im heftiger werdenden Wettbewerb mit den öffentlichen Hochschulen zu stärken, sollte ihre Rechtsform angepasst werden. Die Umwandlung der Universitäten der Bundeswehr von einer „Dienststelle“ in eine „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ wäre ein vernünftiger Schritt.

Öffnung für zivile Studenten

Die Öffnung der Bundeswehr-Universitäten und ihre Europäisierung sind die beiden Optionen, die nach Meinung der Weizsäcker-Kommission weiter verfolgt werden sollten. Tatsächlich ist die Zulassung ziviler „Industriestudenten“ schon seit einiger Zeit grundsätzlich möglich, wird aber aus unterschiedlichsten Gründen kaum genutzt. Um eine Mitfinanzierung des Lehr- und Forschungsbetriebs durch die Wirtschaft zu erreichen, müssten die Planzahlen erheblich erhöht werden. Offenbar sind die Firmen weniger an wissenschaftlicher Erstausbildung als vielmehr an der immer wichtiger werdenden Weiterbildung ihres Personals interessiert. Die Bundeswehr-Universitäten könnten womöglich eine Marktlücke besetzen, wenn sie auch einer im mittleren Karrierestadium befindlichen zivilen Klientel ein Weiterbildungsstudium von ein bis zwei Jahren Dauer mit Master-Abschluss anbieten würden. Weitere Adressaten für postgraduale Studiengänge an den Universitäten der Bundeswehr sind die zivilen Mitarbeiter des höheren Dienstes im Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung. Die bisherige starre Trennung zwischen zivilen und militärischen Weiterbildungsmaßnahmen macht unter dem Aspekt einer ganzheitlichen Unternehmens- und Operationsführung keinen Sinn mehr.

Europäisierung und Internationalisierung

Die europäischen Bildungs- und Wissenschaftsminister haben sich 1998 in Paris darauf verständigt, einen „gesamteuropäischen Studienraum“ zu schaffen, und diese Absicht mit der Bologna-Erklärung vom 19. Juni 1999 bekräftigt. In Zukunft soll jeder europäische Student mindestens ein Semester im Ausland studieren. Das trifft sich mit der Initiative der Bundesregierung, die Internationalisierung des deutschen Hochschulwesens voranzubringen. Zu diesem Zweck sind an vielen Universitäten so genannte internationale Studiengänge eingerichtet („International Studies in Germany“), die von Bund und Ländern besonders gefördert werden. Wegen der lebenslangen Bindungen, die aus einem Studienaufenthalt resultieren, soll insbesondere die Zahl der Studierenden aus den industriellen Schwellenländern Südamerikas und Südostasiens beträchtlich erhöht werden. Die Bundesregierung sieht das als Teil ihrer Politik, den „Standort Deutschland“ langfristig zu sichern. Die Universitäten

der Bundeswehr hätten in diesem politischen Gesamtkonzept die arbeitsteilige Aufgabe, an der Aus- und Weiterbildung der ausländischen Militäreliten mitzuwirken. Dafür müsste aber die gegenwärtig eher kleine Zahl ausländischer Offizierstudenten in Hamburg und München erheblich erhöht werden. Mit ihrem Engagement könnten die Universitäten der Bundeswehr zur Stabilisierung demokratisch noch nicht gefestigter Staaten - zum Beispiel auf dem Balkan und in der Dritten Welt - beitragen und den Grundstein legen für dauerhafte persönliche Kontakte zu politisch und wirtschaftlich interessanten Partnerländern. Unter allen neuen Aufgaben der Bundeswehr-Universitäten ist das ein Auftrag, der aller Anstrengungen wert wäre.

Der erste Schritt

Das geht aber nicht ohne die Reform der Studienstruktur mit dem Ziel, die Hochschulsysteme miteinander vergleichbarer und untereinander kompatibler zu machen. Wichtigste Maßnahme ist deshalb die schrittweise Übernahme des dreigliedrigen, international üblichen Systems mit Bachelor-, Master- und Promotionsstudiengängen sowie der dazu gehörigen Abschlüsse einschließlich der Modularisierung des Studienangebots und eines studienbegleitenden Leistungspunktsystems. Ohne die baldige Harmonisierung und Modernisierung ihrer Studiengänge werden die Universitäten der Bundeswehr von dem sich bildenden „europäischen Hochschulraum“ ausgeschlossen bleiben. Angesichts wachsender internationaler Verflechtungen kann es nicht Absicht der Bundeswehr sein, ihre akademischen Ausbildungseinrichtungen vom Europa der Bildung, der Wissenschaft und der Forschung fern zu halten.